

Grüne lehnen Milliarden-Deal von Union und SPD entschieden ab!

Die Grünen lehnen den schwarz-roten Schulden-Deal ab, fordern nachhaltige Reformen für Klimaschutz und Infrastruktur.

Berlin, Deutschland - Die Grünen-Fraktion hat klar Stellung bezogen und kündigte an, dass sie dem geplanten Schulden-Deal von CDU und SPD nicht zustimmen wird. Wie die Co-Fraktionschefin Katharina Dröge am Montag erklärte, beabsichtigen die Grünen nicht, für die umstrittenen Maßnahmen votieren, die ihrer Meinung nach nicht die nötigen Reformen für Deutschland darstellen. Dröge kritisierte die Vorschläge als „Spielgeld“, das lediglich dazu dienen soll, steuerliche Vorteile zu verteilen. Dröge erklärte weiter, dass sie zusammen mit der Co-Vorsitzenden Britta Haßelmann der Fraktion empfohlen haben, dem Finanzpaket nicht zuzustimmen, weil es nicht den nachhaltigen Anstrich hat, den die große Koalition in ihren unterzeichneten Vereinbarungen versprochen hatte.

In dem umstrittenen Milliardenpaket, das sich sowohl auf Verteidigung als auch auf Infrastruktur fokussiert, sollen Änderungen an der Schuldenbremse vorgenommen werden. Diese Vorschläge umfassen die Schaffung eines schuldenfinanzierten Sondervermögens in Höhe von 500 Milliarden Euro, was von den Grünen als unzureichend erachtet wird, um den notwendigen Klimaschutz sicherzustellen. Die Grünen stellen klar, dass sie nicht bereit sind, Wahlgeschenke der Union und SPD zu finanzieren, und dass ein großer Teil der Investitionen für den Klimaschutz eingeplant werden muss, wie

Tagesspiegel berichtete.

Schwierige Verhandlungen stehen bevor

Die Ministerpräsidentin und weitere führende Politiker von CDU und SPD zeigten sich hingegen kompromissbereit und betonten die Notwendigkeit einer Einigung. CDU-Chef Friedrich Merz kündigte an, in der kommenden Woche weitere Gespräche mit den Grünen zu führen. Er bekräftigte, dass auch der Klimaschutz im Finanzpaket berücksichtigt werden solle. „Es gehe nicht um parteipolitische Spiele, sondern um die Zukunfts- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands“, so der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner. Diese ermutigende Haltung deutet darauf hin, dass trotz der tiefen Differenzen in den Gesprächen möglicherweise ein Weg gefunden werden kann. Die Grünen haben jedoch klar gemacht, dass sie keinem Paket zustimmen werden, das die Klimakrise nicht ernsthaft adressiert, wie **oe24** feststellte.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.tagesspiegel.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at